N i e d e r s c h r i f t

SA/011/2006

**über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses der
Stadt Rheine
am 31.05.2006**

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

1. stellvertretende Vorsitzende:

Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Frau Theresia Nagelschmidt
----------------------	-----	--

Mitglieder:

Frau Christel Brachmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Verena Griggel	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Ratsmitglied Anwesend ab 17:14 Uhr
Herr Dietmar Ostermann	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Christiane Sallandt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr André Schaper	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Dieter Simon	CDU	Sachkundiger Bürger Anwesend ab 17:15 Uhr
Frau Tanja Stolzenberger	SPD	Sachkundige Bürgerin

Vertreter:

Herr Matthias Auth	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Tobias Poeplau
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Monika Lulay

beratende Mitglieder:

Frau Regina Allgaier		Sachkundige Einwohnerin, Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Ulrich Beckmann	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Stefan Buse		Vertreter der ev. Kirche
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Frau Karin Schlieker		Sachkundige Einwohnerin, Vertreterin des Familienbeirates

Gäste:

Herr Tasso Eichel		Vorsitzender der Stadtschulleiterkonferenz
-------------------	--	--

Verwaltung:

Herr Walter Möller		Fachbereichsleiter FB 1
Herr Frank de Groot-Dirks		Fachbereichscontroller
Herr Otto Reeker		Produktverantwortlicher Schule
Frau Sabine Völkel		Schriftführerin

Enschuldigt fehlten:

Vorsitzende:

Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
----------------------------	-----	--------------

Mitglieder:

Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Tobias Poeplau	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Herr Wilhelm Hoffmann		Sachkundiger Einwohner, Vertreter des Integrationsrates
Herr Gerd Ständer		Vertreter der kath. Kirche

Stellvertretende Vorsitzende Wunder eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 10 b über die öffentliche Sitzung am 22. März 2006

Es werden zu Form und Inhalt der o.a. Niederschrift keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 22. März 2006 gefassten Beschlüsse

Herr Möller berichtet, dass die in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse ausgeführt worden seien.

3. Informationen

3 a) Antrag der Stadtschulleiterkonferenz vom 11.05.2006 zur Aufstockung der Mittel für die Schul- und Betriebsausgaben der Schulen der Stadt Rheine ab dem Schuljahr 2007

„Die Stadtschulleiterkonferenz nimmt zur Kenntnis, dass der Schulhaushalt für das Haushaltsjahr 2006 angesichts der Finanzlage zum dritten Mal in Folge nicht erhöht worden ist. Angesichts der sich erhöhenden Kosten aller Schulen vor dem Hintergrund steigender Anforderungen an den Unterricht und Schulbetrieb wird beantragt, für die kommenden Haushaltsjahre

- allgemein die Schulhaushalte zumindest um die Inflationsrate zu erhöhen,
- die Kostenpauschale für alle Sek I-Schüler auf 18,50 € anzuheben,
- den Telefonhaushalt der Grundschulen den Telefonhaushalten der Schulender Sekundarstufe I anzugleichen.“

Herr Möller merkt an, dass für das Jahr 2006 die Stadtschulleiterkonferenz dem Vorschlag der Verwaltung trotz Bedenken zugestimmt habe. Der Punkt „Mittelbewirtschaftung durch die Schulen im Jahr 2006“ sei ursprünglich für die Schulausschusssitzung am 31.05.06 vorgesehen gewesen. Der Haushalt 2006 sei aber noch nicht verabschiedet. Der Punkt solle erst in der Schulausschusssitzung am 13.09.06 beraten werden. Bei der Erstellung des Haushaltsplans 2007 müsse geprüft werden, ob dem Antrag der Stadtschulleiterkonferenz auf geringe Aufstockung der Mittel entsprochen werden könne.

Herr Möller verliest folgende Informationen:

3 b) Wissenschaftliche Begleitforschung zum Modellvorhaben Selbstständige Schule

Die auf etwa 100 Seiten dokumentierten Ergebnisse der zweiten Erhebung zur wissenschaftlichen Begleitforschung Selbstständige Schule NRW – Rückmeldung 2005/06 – können in der Schulverwaltung eingesehen oder von Frau Atrott, Vorzimmer von Frau Ehrenberg, per Mail an interessierte Schulausschussmitglieder übermittelt werden.

Die Daten der ersten Welle sind zu Beginn des Modellvorhabens, d. h. im Frühjahr 2003, die der zweiten Welle im Frühjahr 2005 erhoben worden. Die Momentaufnahmen geben die Einschätzungen und Bewertungen der befragten Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer, Steuergruppenmitglieder, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern zu dem jeweiligen Zeitpunkt der Befragung wieder.

Aus dem Vergleich zwischen Anfangsstand 2003 und Ergebnissen 2005 lassen sich Differenzen ablesen und damit erste Aussagen über Wirkungen des Modellvorhabens wissenschaftlich abgesichert treffen.

3 c) Umwandlung der Elisabeth-Hauptschule von einer Halbtagshauptschule in eine Ganztags Hauptschule

Die Bezirksregierung Münster hat am 18. Mai 2006 der Umwandlung der Elisabeth-Hauptschule von einer Halbtagshauptschule in eine Ganztags Hauptschule zugestimmt.

Nachdem bereits im Februar 2006 die ersten 20 Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen den Ganztagsbetrieb aufgenommen haben, erhöht sich diese Zahl zum 01.08.2006 um weitere 80 Hauptschulen auf insgesamt 100. Insgesamt hatten sich landesweit 230 Schulen und Schulträger zur Aufnahme in das neue Programm beworben.

Der Ganztags in Hauptschulen ist ein gebundenes Angebot, das in Verantwortung der einzelnen Schule entwickelt wird. Es ist verbindlich für alle Schülerinnen und Schüler der einzelnen Schule. Es verbindet und verzahnt über den Tag hinweg Unterricht, Angebote zur fachbezogenen Förderung und zur Entwicklung überfachlicher Kompetenzen, zur Integration von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund, zum Übergang Schule/Beruf, zur Persönlichkeitsentwicklung u. a. m.

Für die Jahrgangsstufen 5, 6 und 7 liegt der Schwerpunkt auf Förderung im Bereich der grundlegenden Kenntnisse und Fähigkeiten, insbesondere in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik, sowie der überfachlichen Kompetenzen und der Persönlichkeitsbildung. Für die Klassen 8, 9 und 10 ist ein verbindliches Ganztagsangebot je nach pädagogischem Bedarf zu entwickeln. Hier soll der Schwerpunkt zunehmend auf die Förderung der Berufs- und Ausbildungsreife gelegt werden.

Der Ganztagsbetrieb umfasst ein Angebot an vier Tagen in der Woche von 8.00 Uhr – 16.00 Uhr sowie an einem von der Bezirksregierung einheitlich festzulegenden Tag ein Angebot von 8.00 Uhr – 14.45 Uhr. Bei früherem oder späterem Unterrichtsbeginn verändern sich die Zeiten entsprechend.

Die Elisabeth-Hauptschule wird ab dem neuen Schuljahr 2006/07 mit den 37 neu eingeschulten Schülerinnen und Schülern der Klasse 5 den Ganztagsbetrieb aufnehmen. Für den Ganztagsbetrieb in zwei Klassen des 5. Jahrgangs wurden der Elisabethschule zwei zusätzliche Lehrerstellen zugewiesen.

In einer Informationsveranstaltung am 01.06.06 wird die Schule die Eltern der Fünfklässler über den Ganztagsbetrieb informieren.

Die Schülerinnen und Schüler der Klassen 6 – 10 werden weiterhin Halbtagsunterricht haben.

Die im Schuljahr 2006/07 eingeschulten Fünfklässler werden drei Jahre später, also ab dem Schuljahr 2009/10, in den Jahrgangsstufen 8 – 10 in einem altersgerechten, modifizierten Ganztagskonzept an drei Unterrichtstagen je Woche unterrichtet.

Außerunterrichtliche Aktivitäten und Angebote von nichtlehrendem Personal können im Ganztagsbetrieb über den ganzen Tag verteilt werden.

Eine mindestens einstündige Mittagspause mit Betreuung/Aufsicht und die Möglichkeit der Mittagsverpflegung für die Schülerinnen und Schüler im Ganztags müssen durch den Schulträger sichergestellt werden.

Für den personellen Bedarf zur Erstellung der Ganztagsangebote erhält die einzelne Schule im Vollausbau einen Zuschlag von 30 % der Grundstellen. Von diesen Stellen sind zwei Drittel für die Beschäftigung von Lehrkräften vorgesehen. Der finanzielle Gegenwert von bis zu einem Drittel dieser Stellen soll für die Bereitstellung von Angeboten außerschulischer Partner verwendet werden. Die finanziellen Mittel sollen in der Regel nicht zur Begründung von Beschäftigungsverhältnissen, sondern für den „Einkauf“ von Dienstleistungen Dritter (z. B. Werkverträge oder Kooperationsverträge mit Trägern) verwendet werden. Die Verträge sollen nach Vorgabe der Schulen von dem zuständigen Schulamt abgeschlossen werden. Die Berechnung des Zuschlags erfolgt grundsätzlich nach dem Umfang des jeweils bereits realisierten Angebots.

Die Stadt Rheine hofft, dass mit der Zustimmung der Bezirksregierung zur Umwandlung der Elisabeth-Hauptschule in eine gebundene Ganztags Hauptschule auch der Förderantrag der Stadt Rheine mit einer beantragten Fördersumme von 1.525.000 € positiv beschieden wird.

Die Entscheidung zur Umwandlung von Halbtagsförderschulen in Ganztagsförderschulen soll Anfang Juni 2006 fallen. Für Förderschulen, die in diesem Auswahlverfahren nicht zum Zuge gekommen sind, besteht noch die Möglichkeit, dass sie in einem zweiten Auswahlverfahren Ende Juni 2006 berücksichtigt werden. Seitens der Stadt Rheine wurde die Grüterschule gemeldet. Das Programm wird für eine begrenzte Zahl von landesweit 20 Förderschulen als Pilotprojekt geöffnet. Dies entspricht ca. vier Förderschulen pro Bezirksregierung.

3 d) Antrag auf ein Forum für die Johannesschule Mesum

Die Schulkonferenz der Johannesschule Mesum hat mit Datum vom 03.05.06 den Antrag gestellt, die Erweiterung des zweiten unteren Flures zwischen den beiden Gebäuden und die Erneuerung und Versetzung der Glasfront in die mittelfristige Planung aufzunehmen.

Die Schulleiterin schreibt, dass noch immer an der Johannesschule Mesum der Bedarf eines größeren Raumes besteht, um mit allen Kindern gemeinsam etwas zu feiern oder Eltern zu einer Versammlung einzuladen.

Die Sicherheit der großen Glasfront im zweiten Eingangsbereich sei nach wie vor sehr bedenklich. Im Rahmen der Fenstersanierung müsste diese Glasfront, da sie nur aus Einfachglas besteht, mit erneuert werden, um den Energiebedarf herabzusetzen.

Schon beim Anbau im Jahr 2000 sei es einmal angedacht gewesen, die Glasfront vorzuziehen und den Raum zwischen den beiden Gebäudeteilen zu dem Flur dazu zu nehmen, so dass ein größerer Raum, eine Art Forum, entstehen würde.

Herr Möller merkt an, dass die Gebäudewirtschaft plane, im Jahr 2006 im Rahmen der Fenstersanierung an der Johannesschule Mesum die große Glasfront im zweiten Eingangsbereich aus Bauunterhaltungsmitteln zu erneuern. Die Fenstersanierung wird insgesamt etwa 40.000 € kosten. Für ein „Vorziehen der Glasfront“ für eine Erweiterung zu einem Forum stünden der Gebäudewirtschaft keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Es könnten auch nicht investive Mittel für die offene Ganztagschule eingesetzt werden. Die Mittel für Baumaßnahmen zur offenen Ganztagsgrundschule in Höhe von 89.000 € würden an der Johannesschule Mesum für andere bauliche Maßnahmen benötigt. Das mit der Erstellung eines neuen Schulentwicklungsplans beauftragte Zentrum für angewandte Sozialforschung und Praxisberatung GmbH gehe in einer bereits vorgelegten Schülerzahlprognose, die auf der Geburtenstatistik basiere, bei der Johannesschule Mesum ab 2008 von einer deutlich rückläufigen Schülerzahl aus. Die Verwaltung empfehle, die Johannesschule nicht um ein Forum zu erweitern. Die auf das Jahr 2006 verschobene Fenstersanierung solle nicht wegen erneuter Überlegungen für ein Forum hinausgeschoben werden.

4. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2006 - 2009 Fachbereich 1 - Bildung, Kultur und Sport Produktgruppen 11/Bereitstellung schulischer Einrichtungen und 12/Zentrale Leistungen für Schüler(innen) Vorlage: 219/06

I/A/1920

Frau Wunder verweist auf die Vorlage.

Herr Möller geht ein auf den in der letzten Sitzung des Schulausschusses gestellten Antrag, 100.000 Euro Planungskosten für die Errichtung ein Sporthalle an den Euregio-Gesamtschule bei den Haushaltsplanberatungen 2006 zu berücksichtigen. Er teilt mit, dass das Zentrum für angewandte Sozialforschung beauftragt worden sei, bis September 2006 die Schülerzahlprognose für die Euregio-

Gesamtschule zu erstellen. Sobald das Ergebnis vorliegt, soll über die Errichtung der Sporthalle erneut beraten werden.

Die Schulausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

Frau Overesch nimmt Bezug auf die Haushaltsvorlage. Sie bittet über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, zu den Haushaltsplanberatungen 2007 eine differenzierte Aufstellung der Schülerfahrkosten vorzulegen.

Herr Möller nimmt Bezug auf die Haushaltsvorlage und erläutert den Zusammenhang zwischen der vom Land zu zahlenden Schulpauschale und den vom Kreis zu zahlenden Schulkostenbeitrag. In der für das Jahr 2006 kalkulierten Schulkostenpauschale seien Investitionskosten für die Einrichtung der Berufskollegs enthalten gewesen. Diese müssten herausgerechnet werden, da die Schulpauschale des Landes gerade für Investitionen zur Verfügung stehe.

Herr Möller teilt mit, dass der Fehlbetrag nicht aus dem Schuletat erwirtschaftet werden kann.

Die Schulausschussmitglieder schließen sich der Schlussfolgerung an.

Frau Overesch beantragt für die CDU-Fraktion, dem Rat zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, das Budget des Fachbereiches 1, Produkt Bereitstellung schulischer Einrichtungen um 203.595 Euro unter der Voraussetzung zu erhöhen, dass der Gesamthaushalt nicht ausgedehnt wird.

Frau Wunder lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 1 - Bildung, Kultur und Sport für die **Produktgruppe 11/Bereitstellung schulischer Einrichtungen** und die **Produkte 1201/Schülerbeförderung und 1202/Betreuungsangebote** unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Haushalts- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Beratung Stellenplan 2006
Fachbereich 1 - Bildung, Kultur und Sport
Vorlage: 220/06**

I/B/0294

Frau Wunder verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Einladung als Anlage 1 und 2 beigefügten Stellenplan des Fachbereichs 1- Bildung, Kultur und Sport für die Produktgruppe 11/Bereitstellung schulischer Einrichtungen und die Produkte 1201/Schüler/innen-beförderung sowie 1202/Betreuungsangebote in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Schulkostenbeitrag des Kreises Steinfurt für die Berufskollegs der Stadt Rheine
- Abschluss einer neuen Vereinbarung mit dem Kreis
Vorlage: 221/06**

I/B/1106

Frau Wunder verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Rheine schließt mit Wirkung vom 01.01.2002 mit dem Kreis Steinfurt die nachfolgende neue öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung und Fortführung von Bildungsgängen der Berufskollegs und die Zahlung von Schulkostenbeiträgen:

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung und Fortführung von Bildungsgängen der Berufskollegs und die Zahlung von Schulkostenbeiträgen Kreis Steinfurt – Stadt Rheine

Zwischen dem Kreis Steinfurt, vertreten durch den Landrat, und der Stadt Rheine, vertreten durch die Bürgermeisterin, wird aufgrund der §§ 1 und 23 – 25 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 01. Oktober 1979 (GV NRW S. 621) folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen:

§ 1

Die Stadt Rheine übernimmt gem. § 78 Abs. 8 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 2005 (GV NRW S. 102) für den Bereich der Stadt Rheine und der Gemeinde Neuenkirchen die gesetzliche Pflichtaufgabe des Kreises Steinfurt, Bildungsgänge der Berufskollegs zu errichten und fortzuführen.

§ 2

Zur Koordination und Zusammenarbeit aller Berufskollegs im Kreis Steinfurt wird ein Ausschuss gebildet, dem die Leiter der öffentlichen Berufskollegs sowie Vertreter der Schulträger Kreis Steinfurt und Stadt Rheine angehören.

§ 3

Der Kreis Steinfurt zahlt an die Stadt Rheine zu den Kosten der in ihrer Trägerschaft befindlichen Berufskollegs einen Schulkostenbeitrag, der sich auf der Grundlage des jährlichen Zuschussbedarfs nach dem Rechnungsergebnis wie folgt berechnet:

1. Die Stadt Rheine ermittelt für jedes Haushaltsjahr die Einnahmen und Ausgaben ihrer Berufskollegs im Verwaltungshaushalt. Von dem errechneten Zuschussbedarf werden die nach dem Finanzausgleichsgesetz anfallenden Schlüsselzuweisungen nach dem Schüleransatz - vermindert um die darauf anfallende Kreisumlage - abgezogen.
2. Die Stadt Rheine ermittelt für jedes Haushaltsjahr die Einnahmen und Ausgaben ihrer Berufskollegs im Vermögenshaushalt, wie z. B. Einrichtungs- und Lehrmittelkosten, bauliche Sanierungsmaßnahmen und erforderliche Kosten für Schulneubauten und Schulerweiterungen.
3. Das Land NRW stellt seit dem 01.01.2002 den Schulträgern anstelle der bisherigen Einzelförderung eine jährliche Schulpauschale zur Verfügung. Diese Schulpauschale muss zunächst zur Finanzierung der Ausgaben nach Ziffer 2 sowie der Ausgaben nach Ziffer 1, soweit sie im Rahmen der Vorgaben des Landes NRW zu den abrechnungsfähigen Kosten gehören, eingesetzt werden.
4. Ergibt sich bei der jährlichen Saldierung ein Zuschussbedarf, so trägt der Kreis Steinfurt hiervon 2/3 als Schulkostenbeitrag. Die Zahlung wird nach Feststellung des Rechnungsergebnisses fällig.
5. Soweit die Schulpauschale für die Berufskollegs der Stadt Rheine nicht für die Ausgaben nach Ziffer 1 und 2 zweckentsprechend verwendet werden kann, sind die nicht in Anspruch genommenen Mittel in der jährlichen Abrechnung mit dem Kreis Steinfurt darzustellen und als Restbestand in das Folgejahr vorzutragen.
6. Investitionen, die im Einzelfall den Betrag von 100.000 Euro überschreiten, sind dem Kreis Steinfurt rechtzeitig anzuzeigen und bedürfen seiner vorherigen Zustimmung.

§ 4

Alle Fragen der Durchführung dieser Vereinbarung sind möglichst einverständlich zu regeln. Über Streitigkeiten entscheidet die Bezirksregierung in Münster endgültig.

§ 5

Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 2002 in Kraft. Die Vereinbarung gilt, bis der Kreis Steinfurt und die Stadt Rheine ihr Rechnungswesen auf das NKF umgestellt haben. Gleichzeitig tritt die Vereinbarung vom 08.11./08.12.1976 außer Kraft. Jeder Beteiligte kann die Vereinbarung mit einer Frist von 6 Monaten zum Schluss eines Schuljahres schriftlich kündigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

8. Anfragen und Anregungen

Anfragen und Anregungen liegen nicht vor.

Ende des öffentlichen Teils: 17.55 Uhr

gez.

beglaubigt

Waltraud Wunder
1. Stellvertretende Ausschussvorsitzende

Sabine Völkel
Schriftführerin